

WEINHEIMER NACHRICHTEN



RÜCKKEHR NACH VIER JAHREN
Adler-Torhüter Felix Brückmann
spielt für Deutschland ▶ Seite 21

ALLE SPIELE FÜR 2020 ABGESAGT
Badischer Handballverband unterbricht
die Saison in seinen Spielklassen ▶ Seite 25

DAS WETTER
Windig, oft Regen
Temperatur 15/10° C



Nr. 251 / 158. Jahrgang

Weinheimer Anzeiger · Weinheimer Zeitung · Weinheimer Morgen · Amtsblatt der Stadt Weinheim

D 7102 · Einzelpreis 2,10 €



Andrang auf die Wahlbüros

Washington. Eine Woche vor der Präsidentschaftswahl in den USA haben bereits mehr als 71 Millionen Amerikaner ihre Stimme abgegeben. Das entspricht mehr als der Hälfte aller Stimmen (51,6 Prozent), die bei der Wahl vor vier Jahren insgesamt abgegeben wurden, wie am Dienstag aus Daten des „U.S. Elections Project“ hervorging. Besonders hoch war die frühe Stimmabgabe im stark umkämpften US-Bundesstaat Texas, hoch ist die Beteiligung auch in den wichtigen Bundesstaaten Florida und North Carolina. *dpa*

▶ Berichte Politik

Umfrage: Schlechte Noten für Krisenmanagement an Schulen

Große Sorge vor einer Ansteckung

Mannheim. Jeder dritte Baden-Württemberger hat große Sorgen vor einer Corona-Ansteckung. Weitere 40 Prozent machen sich „begrenzt Sorgen“, dass sie sich infizieren könnten. Das ergibt sich aus einer Umfrage des Instituts für Demoskopie Allensbach im Auftrag von 78 baden-württembergischen Tageszeitungen. Befragt wurden 1000 repräsentativ ausgewählte Erwachsene. Vier Prozent von ihnen waren bereits infiziert. Die Menschen über 60 Jahren haben mehr Angst vor einer Infektion als der Durchschnitt. 38 Prozent haben große Sorge.

Als „völlig ungewöhnlich“ stufen die Allensbach-Demoskopen die Zustimmung zum Corona-Kurs der Bundesregierung ein. Seit März werde ihr von 70 Prozent konstant gute oder sehr gute Arbeit attestiert. Auch mit dem Krisenmanagement der Landesregierung sind die Badener und Württemberger überwiegend zufrieden. 60 Prozent bescheinigen ihr mindestens eine gute Arbeit.

Eisenmann wenig bekannt

Schlechtere Noten bekommt das Corona-Krisenmanagement an den Schulen im Südwesten. Nur 34 Prozent sehen hier gute Arbeit, eher negativ fällt das Urteil bei 57 Prozent der Befragten aus. Diese Bewertung färbt auf das Urteil über Kultusministerin Susanne Eisenmann (CDU) ab. Nur zehn Prozent haben eine gute Meinung von der CDU-Spitzenkandidatin, 30 Prozent bewerten sie als nicht gut. Jeder dritte Befragte kennt Eisenmann gar nicht. *pre*

▶ Bericht Südwest

Pandemie: Bund und Länder vereinbaren harte Maßnahmen gegen Corona / Lockdown gilt in ganz Deutschland bis Ende November

Merkel: „Wir müssen handeln, und zwar jetzt“

Berlin. Mit massiven Einschränkungen im öffentlichen und privaten Leben ab kommenden Montag wollen Bund und Länder die sich unkontrolliert ausbreitende Corona-Pandemie wieder in den Griff bekommen. Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) und die Ministerpräsidenten der Länder haben sich am Mittwoch in einer Schaltkonferenz in seltener Einigkeit auf weitreichende Kontaktbeschränkungen und die Schließung der gesamten Gastronomie sowie von Freizeiteinrichtungen geeinigt. Die Maßnahmen sind zu nächst auf den November beschränkt und sollen nach zwei Wochen auf ihre Wirksamkeit hin überprüft werden.

Generell soll im November gelten, dass sich nur noch maximal zehn Personen aus zwei Haushalten gemeinsam in der Öffentlichkeit aufhalten dürfen. Verstöße gegen diese Kontaktbeschränkungen sollen von den Ordnungsbehörden streng mit Bußgeldern geahndet werden. Feiern mit mehr als zehn Personen aus zwei Haushalten stuft das von Merkel und den Ministerpräsidenten beschlossene Papier als „inakzeptabel“ ein, auch wenn diese in Wohnungen oder privaten Einrichtungen stattfinden.

Neben Restaurants, Kneipen und Bars werden praktisch alle Freizeiteinrichtungen geschlossen, also auch Kinos, Theater, Konzerthäuser, Schwimmbäder, Fitness-Studios, Saunen, Spielhallen, Casinos und Prostitutionsstätten. Auch Kosmetikstudios, Massagepraxen und Tattoo-Studios sollen schließen. Der Freizeit- und Amateursportbetrieb wird ebenfalls untersagt, mit Ausnahme des Individualsports allein, zu zweit oder mit dem eigenen Hausstand. Alle Bürger werden aufgefordert, auf nicht notwendige pri-

vate Reisen und Besuche – auch von Verwandten – zu verzichten. Das gilt auch für Tagesausflüge. Übernachtungsangebote im Inland sollen nur noch für nicht touristische Zwecke zur Verfügung gestellt werden.

Scholz kündigt Nothilfen an

Schulen und Kindergärten sollen dagegen geöffnet bleiben. Das gilt außerdem für den gesamten Groß- und Einzelhandel. Allerdings darf sich künftig in den Geschäften nicht mehr als ein Kunde pro zehn Quadratmeter aufhalten. Damit wurde der Vorschlag der Bundesregierung deutlich entschärft. Sie hatte eine Fläche von 25 Quadratmetern pro Kunde gefordert. Friseure dürfen unter Einhaltung der Hygienevorschriften weiter Kunden bedienen. Gottesdienste nach den Worten von Kanzlerin Angela Merkel (CDU) weiterhin erlaubt sein. Allerdings müs-

sen die Hygienekonzepte unbedingt eingehalten werden.

Die von den Schließungen betroffenen Unternehmen und Einrichtungen erhalten weitere Nothilfen. Das sichert Finanzminister Olaf Scholz (SPD) zu. Geplant ist, dass der Bund pauschal bis zu 75 Prozent der ausgefallenen Umsätze für Unternehmen bis zu 50 Mitarbeitern erstattet. Auch größere Unternehmen sollen Entschädigungen bekommen, sofern die EU-Beihilferichtlinien das gestatten. Nach Angaben des Finanzministeriums kostet das etwa zehn Milliarden Euro.

Alle Bundesländer tragen den Beschluss mit, einzig der Freistaat Thüringen fordert in einer Protokollnotiz die Feststellung einer „akuten nationalen Gesundheitsnotlage“ durch Bundesrat und Bundestag sowie eine stärkere Beteiligung der Parlamente. „Das ist ein schwerer

Tag, weil wir wissen, was wir den Menschen zumuten“, sagte Angela Merkel im Anschluss an die Beratungen. Die Maßnahmen seien „hart und belastend“ räumte die Kanzlerin ein, sie seien aber dringend notwendig, um die Zahl der Corona-Neuinfektionen zu senken und eine Nachverfolgung der Infektionsketten durch die Gesundheitsämter wieder zu ermöglichen. „Wenn es bei diesem Tempo der Infektionen bleibt, kommen wir binnen Wochen an die Grenzen der Leistungsfähigkeit des Gesundheitssystems“, warnte Merkel. Es brauche eine „nationale Kraftanstrengung“, damit Deutschland nicht in eine nationale Gesundheitsnotlage hineinkomme, forderte sie. „Wir müssen handeln, und zwar jetzt“, betonte Merkel.

Kritik von Verbänden

Am Mittwochmorgen hatte das Robert-Koch-Institut einen Rekordwert von 14 964 Neuinfektionen binnen eines Tages gemeldet – beinahe doppelt so viel wie vor einer Woche. Auch die Zahl der Corona-Patienten, die auf einer Intensivstation behandelt und beatmet werden müssen, ist weiter gestiegen.

Gleichwohl stießen die Beschlüsse der Ministerpräsidenten auf scharfe Kritik. FDP und Linkspartei nannten die Einschränkungen unverhältnismäßig. Die Wirtschaft warnte vor den Folgen für Unternehmen und den Arbeitsmarkt. Ökonomen rechnen damit, dass die Erholung der Wirtschaft nun wieder zum Stillstand kommt. Tourismus- und Gaststättenverbände sowie die Veranstaltungsbranche rechnen nun mit einer Pleitewelle. Sie forderten weitere Hilfen und kündigten Proteste an. *rmd*

▶ Kommentar, Berichte Seiten 2 und 3



Bundeskanzlerin Angela Merkel ist wegen der stark steigenden Infektionszahlen in Deutschland sehr besorgt. *BILD: EPA*

ANZEIGE
Polster - Boxspringbetten - Relaxsessel
Sonder-Verkauf
Markenmöbel aus Überproduktion!

Tel. 06201/3980 · www.jaeger-birkenau.de

Corona-Infektionen

Zwei neue Todesfälle im Kreis

Rhein-Neckar-Kreis. Die Infektionszahlen im Rhein-Neckar-Kreis, im Stadtgebiet Heidelberg und in Mannheim steigen weiter an, das geht aus den aktuellen Zahlen vom Mittwoch hervor. Der Kreis bewegt sich mit einer Inzidenz von 91,2 deutlich auf die 100er-Marke zu. Zwei neue Todesfälle gab es im Zusammenhang mit Corona.

Besonders stark von der Pandemie betroffen ist ein Seniorenheim in Plankstadt, dort wurden 52 Menschen positiv auf Corona getestet. Außerdem hat die Stadt Weinheim entschieden, die Kita Bürgerpark bis Ende der Woche zu schließen.

▶ Bericht auf Seite 9

Gemeinderat

Kirchner bringt den Haushalt ein

Hemsbach. Die Corona-Pandemie trifft die Stadt Hemsbach hart. Denn die Steuereinnahmen und Schlüsselzuweisungen brechen ein. Noch sucht die Verwaltung eine Lösung, um den Haushalt 2021 auszugleichen. Am Montag stellt Bürgermeister Jürgen Kirchner den Stadträten den Planentwurf für das nächste Jahr vor. *hr*

▶ Bericht auf Seite 13

LOKALBLICK

Gewerbe in der Nordstadt

Die Weinheimer Nordstadt überzeugt durch ihre Vielfalt an verschiedenen und kompetenten Unternehmen. ▶ Seite 15

Umsetzung zurückstellen

Der Sozial-, Umwelt- und Bauausschuss von Gorchheimtal empfiehlt, das Landschaftspflegekonzept zurückzustellen. ▶ Seite 16

IN DIESER AUSGABE

Familienanzeigen	Seite 16
Sport	Seite 20
Kultur	Seite 26
Fernsehen	Seite 27
Aus aller Welt	Seite 28